

Pressemitteilung

CDU fordert ordentliche Ausschreibung und kein Gemauschel

„Rückblickend auf die Entscheidung, die Stelle eines zweiten Stadtrates in Maintal einzuführen, erscheint es den Christdemokraten ratsam zu sein, einen Schritt zurückzutreten und zu reflektieren, was da gerade passiert war“, fasst CDU-Fraktionsvorsitzender Martin Fischer die Überlegungen der Christdemokraten zusammen.

„Nach jahrelanger konsequenter sparsamer Haushaltsführung, die unter anderem vor gut zehn Jahren auch die Abschaffung der Stelle eines 2. Stadtrates zur Folge hatte und Maintal auch vor einem kommunalen Rettungsschirm mit all seinen Konsequenzen bewahrt hat, will man jetzt wieder umkehren und erneut einen 2. Stadtrat etablieren. „Und warum?“ fragen die Christdemokraten. Die Antwort liege auf der Hand: Weil insbesondere die SPD, die Herrn Sachtleber seinerzeit nicht zum Stadtrat gewählt hat, zusammen mit FDP und Grünen ihm jetzt einen Übergang in die Geschäftsführung einer Gesellschaft ohne finanzielle Verluste zu ermöglichen will. „Wir reden hier über lebenslange Versorgungsansprüche von mutmaßlich monatlich ca. 3.500 € (Brutto) ein Leben lang für einen Wahlbeamten“, macht Martin Fischer den finanziellen Umfang deutlich.

Die Christdemokraten sind nach wie vor von der Qualifikation des 1. Stadtrates für seine Aufgaben überzeugt. Deshalb haben sie ihn gewählt, für 6 Jahre. „Wenn er sich nunmehr für andere Aufgaben befähigt und geeignet sieht, so muss er sich die Frage stellen, welchen Weg er gehen möchte. Eine andere Stelle annehmen und dafür auf das verzichten, was ihm aus seiner „alten“ Stelle erwachsen würde oder die Aufgaben fortführen, für die er einst von der CDU und anderen Fraktionen gewählt wurde und sich verpflichtet hat und nach Abschluss der Amtszeit dann die berechtigten Anwartschaften in der Beamtenversorgung bekommt. Das wäre der ordentliche Weg und nichts Anderes“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wilfried Ohl.

„Die Stelle eines Geschäftsführers für eine kommunale Gesellschaft ist nach Ansicht der CDU auszuschreiben und darauf kann sich dann jeder bewerben, der sich den Aufgaben dieser Ausschreibung gewachsen fühlt und die erforderlichen Qualifikationen mitbringt.

„Alles Andere ist Gemauschel und die CDU macht sich nicht zum Steigbügelhalter solcher fragwürdigen Entscheidungen“, bekräftigen die Christdemokraten ihre Haltung.